

Dresdner Volkszeitung

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postfachkonto: Dresden, Laden & Comp., Nr. 1288.

Verantwortl. Schriftf. K. H. Schönb., Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kautzsch und Dresden-Albstadt

Bezugspreis einschließlich Frachtlohn monatl. 18000.— M., durch die Post bezogen monatl. 19000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 6000.— M., Einzelnummer 1000.— M., Sonnabendnummer 1500.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Vogelweide Komparsenzeitung 2800.— M., auswärts 3000.— M., die Vogelweide Komparsenzeitung 12000.— M., auswärts 14500.— M., auswärts 10000 u. 20000 M. bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Zeitungsangabe: Stellen u. Mietangelegenheiten 40 Proz. Rabatt. Für Briefe: 1000 St.

Nr. 173

Dresden, Freitag den 27. Juli 1923

34. Jahrg.

Nicht länger zu ertragen!

Für die Sozialdemokratie ist ein Augenblick gekommen, der eine schwerwiegende Entscheidung erfordert. Unsere Stellung zum Kabinett Cuno ist unendlich geworden. Das empfinden auch unsere Anhänger überall im Lande. Alle die Entschliessungen bezeugen es, mit denen verschiedene Bezirke dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion ihre Auffassung bekundet haben. Sie sind alle nicht oder weniger auf den Ton gestimmt: Weg mit der Wurstelei! Weg mit Cuno!

Wir brauchen hier die Fehler und verhängnisvollen Folgen der Wurstelei, wie sie das Kabinett der Sachleute und Wirtschaftler" betrieben hat, nicht zu belächeln. Wir haben es in mehreren Artikeln getan, und wenn Zeitungsartikel eine Regierung zur Vernunft bringen könnten, so müßten schon die scharfen Attacken, die in wirklich demokratischen Blättern, wie Frankfurter Zeitung, Volkszeitung, Berliner Tageblatt, gegen die Reichsregierung gerichtet wurden, Verbesserung gebracht haben. Was nur tut, ist eine scharfe Wendung der Sozialdemokratie. In den Augusttagen soll der Reichstag zusammenzutreten, darum ist es notwendig, daß wir in unseren Reihen jetzt schon die Situation klären helfen, die es zu entwirren gilt.

Herr Cuno hat oft durchblicken lassen, daß seine Koffer rasch gepackt sind, wenn es gewünscht wird. Man hat ihn trotzdem nicht gestört. Wir nicht und Demokraten, Zentrum sowie ein Teil der Volkspartei, denen Cunos Politik allmählich zu unpolitisch, zu zerfahren geworden ist, auch nicht. Die bisherige Haltung der Sozialdemokratie war nicht schwer zu verstehen. Was nach dem Zusammenschluß der Demokraten, des Zentrums und der Volkspartei zu einer Arbeitgemeinschaft der kapitalistische Einfluss in der Regierung Wirth immer mehr überwiegt, als Wirth von Demokraten und Zentrum gedrängt wurde, die Volkspartei ins Kabinett aufzunehmen, als der bis dahin beherrschte, tapfere Zentrumslührer nervös wurde und die Forderung der zwei bürgerlichen Koalitionsparteien an die Sozialdemokratie weitergab, flog das Kabinett auf. Die Sozialdemokratie schied als mitregierende Partei aus, um einem Kabinett der sogenannten Wirtschaftler und Sachleute genügend Gelegenheit zu geben, sich zu blamieren. Das ist im Laufe der Zeit hinreichend geschehen.

Die Sozialdemokratie hat trotz aller Unzulänglichkeiten dieses Kabinetts bis heute sozusagen Gewehr bei Fuß gestanden, weil sie erstens den Kampf, der im November gegen den französischen Militarismus und Imperialismus gekämpft wird, nicht schwächen wollte, und weil zweitens für uns nicht die geringste Veranlassung vorlag, die Suppe auszulöffeln, die andre eingebrockt hatten. Wir fordernten, daß das Kabinett Cuno, dessen kapitalistischen Anhängern die Unterstützung zu einem Teil mit zu danken ist, das Abenteuer selbst liquidieren solle. Heute steuert der Dollar auf die 800 000 zu. Die Welt wird den Tiefstand des Rubels bald erreicht haben. Die Not des Volkes, das innere Chaos verdrängen sich täglich. Der Faschismus sieht auf dem Sprunge, um etwaige Verzweiflungskandidaturen notleidender Massen zu einem Aufbruch gegen die Verfassung auszunutzen. Und die Regierung Cuno sagt da, hat die Hände ironisch gefaltet, harzt des Kommenden und erwidert: Aus; wir müssen uns kritisch abmühen Stellung ausgeben und dieser Regierung schärfste Opposition ankündigen, wenn sie sich nicht zu durchgreifenden Maßnahmen in der inneren wie in der äußeren Politik entschließt. Die Leipziger Volkszeitung bringt einen Artikel von Rudolf Kreisfeldt, der das gleiche Thema behandelt und zum Schluß sagt:

In der auswärtsigen Welt haben die sogenannten leitenden Männer einen erschreckenden Mangel an Kritik bewiesen. Nur unter dem Druck von außen entschlossen sie sich zu einigen zaghaften Erklärungen, um dann wieder in Unfähigkeit zu versinken und alle Hoffnung auf den lieben Gott und England zu setzen. Offiziell war die passive Resistenz ihre letzte und höchste Weisheit, inoffiziell aber liegen sie zu, daß die nationalen Willkürigen Wunden die Abwehr durch aktive Gewaltakte kompromittierten, und geben so den Geheimorganisationen den Mut, ihre Kuffeln, die sie nicht sowohl gegen die Franzosen, als gegen die Republik und die Arbeiterbewegung richten, zu veröffentlichen. Der Widerstand selbst wurde in einer Weise finanziert, die zum Himmel schreit. Man warf das Geld mit beiden Händen zum Fenster hinaus und ermächtigt dem Großkapital den Vertriebskampf gegen die Volkspartei, statt neue Steuern auszufordern, oder auch nur die alten verbeulend zu machen, ließ man die Rentenpresse arbeiten und brachte es dahin, daß nur noch ein verschwindender Teil der Reichsausgaben durch Steuern gedeckt wurde. Die schärfsten dem- und börsenrechtlichen Mittel, die man anwandte, vermochten die Mark nicht zu halten, die Inflation raubt die unteren und mittleren Schichten zugunsten der Schwerkriegler in der Industrie und der Landwirtschaft aus. Das Klagen der Massen nimmt entsetzliche Formen an...

Unter diesen Umständen darf es für die Sozialdemokratie kein Schwanken mehr geben, wenn sie nicht in diesen Zusammenbruch mit hineingezogen werden will. Selbst vor dem Schein muß sie sich hüten, als ob sie eine Regierung, von der es zweifelhaft sein mag, ob ihre Hauptabsicht ist, das Weiterbestehen reaktionäre Gefinnung oder die Unfähigkeit ist, das Weiterbestehen zu ermöglichen. Sie muß eine ungeschwächte Oppositionspolitik machen. Will sie ein Übergewicht tun, so kann sie ihre Forderungen scharf formulieren und dem Kabinett in unmittelbarer Fassung vorlegen, aber dann darf sie sich nicht mit Verzögerungen und Abschlussschlüssen abgeben lassen, dann gibt es nur ein Entweder — Oder.

Aber Herr Cuno wird gehen, und was dann? Ich weiß nicht, ob Herr Cuno ein sozialdemokratisches Misstrauensvotum tatsächlich zum Anlaß seiner Demission nehmen würde, und wann er sich dazu entschließt, so wäre unser Weg vorgezeichnet. Wir hätten unsere programmatischen Forderungen, die freilich ohne Rücksicht darauf entworfen werden müßten, ob von Herr Strei-

mann wegen unseres Verständnisses für wirtschaftliche Notwendigkeiten Anerkennung zollt, und davon, wie sich eine neue Regierung zu ihnen — nicht mit Worten, sondern in ihren Taten, stellt, wird unser Verhältnis zu ihr abhängen. Und was die sozialistische Waise betrifft, so könnte eine Kabinettsreise sie vielleicht akuter, aber nicht drohender werden lassen, als wenn in der bisherigen Weise weiterentwickelt wird.

Dreißigsteicht läßt ein aktuelles Problem außer Betracht: Was dann, wenn kein bürgerliches Kabinett zustandekommt, das wir unterstützen können? Wenn man der Sozialdemokratie die Regierungsverantwortlichkeit aufbürdet? Die Frage, wer das Ruhrabenteuer liquidieren soll, falls Cuno, befreit aufatmend, seinen Platz verläßt, darf uns heute nicht mehr schrecken. Gewiß, die Rechte hält schon eine neue Döckstohlegende bereit für den Fall, daß die Sozialdemokratie gezwungen sein sollte, einen neuen Vertrag von Versailles zu unterschreiben. Aber die Sozialdemokratie hat so oft schon den Mut auch zur schwersten Verantwortung bewiesen, daß sie selbst diese Widerantwortlichkeit angeht, die gegenwärtigen Wurstelei als das kleinere Übel ansehen müßte, wenn es der Gang der Dinge unausweichlich machte. Wären wir gezwungen, wiederum in die Regierung einzutreten, so hätten wir unsere Forderungen zu einem Programm zu formulieren, bei dem die Währungsreform, die Erfüllung der Sachwerte, die Schaffung wertbeständiger Löhne, eine entscheidende Politik zum Schutze der Republik und eine ausschlaggebende Stellung unserer Genossen im Kabinett der Kernpunkt sein müßten.

Ueber all diese thörichten Lotzoden hilft uns keinerlei Vogelstreifenpolitik hinweg. Wer die stärkere Opposition will, muß sich auch über die etwaigen Konsequenzen klar sein. Und schließlich kann ja das Kabinett Cuno auf die Dauer nicht behauptet werden wie eine Glasfiste, auf der geschrieben steht: „Achtung! Nicht stürzen!" Die Situation erfordert einen entschiedenen Ausdruck der Sozialdemokratie — oder Volk und Republik raffen in das Chaos jenes brodelnden Schandebels, in dem die Mark gegenwärtig verströmt.

Stimmen aus dem Reich

Am 26. Juli (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand des Bezirksverbandes der Sozialdemokratischen Partei von Schleswig-Holstein hat heute folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Bezirksverband ist der Auffassung, daß die Unfähigkeit der Reichsregierung auf außenpolitischem wie auf innerpolitischem Gebiet nicht länger zu ertragen ist, soll nicht in kürzester Frist Reich, Volk und Arbeiterklasse darüber zugrunde gehen. Die bis zum äußersten gespannte politische Lage begründet die Gefahr unabwehrbarer Entladungen, wenn nicht sogleich die Nachfrage einer Entscheidung zugunsten, dem Währungsverfall nach Kräften Einhalt getan, die unergiebige und ungerechte Steuerpolitik durchgreifend umgestaltet, die Erfassung der Sachwerte in Angriff genommen und wirksame Maßnahmen gegen die rechtsradikale Gefahr getroffen werden. Der Bezirksverband erwartet vom Parteivorstand und von der Reichstagsfraktion, daß sie in diesem Sinne nachdrücklich auf die Reichsregierung einwirken und sie zum Handeln zwingen.“

Der A. D. G. B. gegen die Bürgerkriegspropaganda!

Der Vorstand des A. D. G. B. erläßt folgenden Aufruf: Gewerkschaftsmitglieder! In diesen Tagen, da die Regierungen im Notenauslaß wegen der Lösung des Reparationskonfliktes und der Zurücknahme der Ruhrbesetzung stehen, wissen Fanatiker der extremen Rechten und Linken nichts anders zu tun, als ihre Kreise zu erhöhter Aktivität aufzurufen, sich gegenseitig den Bürgerkrieg anzukündigen und den gewaltsamen Ausbruch der politischen Spannungen durch öffentliche Demonstrationen zu provozieren. So soll der Antifaschistentag der Kommunistischen Partei am 29. Juli die Antwort auf nationalfascistische Kräfteproben sein. Bei diesen Demonstrationen, die erfahrungsgemäß mit Blutvergießen enden, tragen nur die beteiligten Arbeiter ihre Haut zu Markte, denn die, die sie zum Protest aufrufen, haben sich noch nicht in Sicherheit zu bringen gewagt. Die allgemeine Not wird durch solche Aktionen nicht behoben, aber unabsehbarer Schaden entsteht daraus für die Bevölkerung und für die Republik. Der Faschismus allein rennt vergeblich gegen die Republik an. Erst dadurch, daß Faschisten und Kommunisten zugleich den Bürgerkrieg entfachen, kann die Republik in Gefahr kommen. Mit dem Faschismus würde die Arbeiterklasse ohne Gewaltanwendung leicht fertig werden, wenn sie einzig wäre und mit überlegener Ruhe in geschlossener Disziplin ihren Gegner erwartete.

Der Bundesvorstand hat wiederholt bewiesen, daß er bereit ist, die gesamte Kraft der Gewerkschaften für die Verteidigung der Republik einzusetzen. Er überwacht auch jetzt sorgsam die Maßnahmen der Kreise, die auf einen Umsturz

U. U. w. g. Sachsens Anfrage in Berlin

Die sächsische Regierung hat am 25. Juli an die Reichsregierung folgendes Schreiben gerichtet: Die Reichsregierung hat am 18. Juli durch die Presse eine Erklärung veröffentlicht, in der sie zu den Möglichkeiten eines Bürgerkrieges Stellung nimmt. Am Schluß dieser Erklärung heißt es: „Daß die Reichsregierung auch bemüht ist, mit den Landesregierungen von Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse ein Einvernehmen zu pflegen, ist bekannt. Sie wird es auch in dieser Beziehung nicht an pflichtmäßiger erster Aufmerksamkeit fehlen lassen.“

Diese Erklärung hat hier außerordentlich überrascht. Die Öffentlichkeit muß sich angeekelt über den sonderbaren Formalisierungsfrage: Warum legt die Reichsregierung so besonderen Wert auf die Feststellung, daß sie bemüht sei, mit Sachsen und Thüringen ein Einvernehmen zu pflegen und daß sie es in dieser Beziehung nicht an erster Aufmerksamkeit fehlen lassen werde? Soll damit gesagt sein, daß die sächsische und die thüringische Regierung einer besonderen Oberaufsicht bedürften? Soll „in dieser Beziehung“ behauptet werden, in Sachsen hätten die inneren Verhältnisse derzeitige Form: angenommen, daß von Sachsen aus ein Bürgerkrieg brohe? Die Reichsregierung hat in verschiedenen Rundschreiben mit Recht darauf hingewiesen, daß es Ende der Länder sei, für die Ordnung im Innern zu sorgen. Wenn die Reichsregierung in ihrer Erklärung vom 18. Juli 1923 sagt, sie werde es bei Sachsen und Thüringen „im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse“ nicht „an pflichtmäßiger erster Aufmerksamkeit fehlen lassen“, so kann dies bedeuten, daß nach Auffassung der Reichsregierung die sächsische und die thüringische Regierung in dieser Beziehung nicht die pflichtmäßige erste Aufmerksamkeit angewandt hätten und daß gerade von Sachsen und Thüringen aus die Gefahr eines Bürgerkrieges brohe.

Die sächsische Regierung darf die Reichsregierung um eine Erklärung darüber bitten, ob dies der Sinn ihrer Erklärung ist, gegebenenfalls, was sonst Sinn dieses Teiles ihrer Erklärung ist und was sie zu einer derartigen Stellungnahme gegen die sächsische Regierung veranlaßt hat. Für den Fall, daß die Reichsregierung behaupten will, von Sachsen aus brohe die Gefahr eines Bürgerkrieges, darf die sächsische Regierung um Mitteilung der Tatsachen bitten, auf die die Reichsregierung eine solche Annahme stützt.

Die Cuno-Kurse

Die Mark sinkt ins Bodenlose, die Preise rasen bis zur Höhe des Chimborasso hinauf. Jeder Tag ist heute ein Unglückstag, ein Drama in der Tragik des arbeitenden Volkes. Alle Faktoren treiben unaufhaltsam auf dem Wege zur Katastrophe. Der Cuno-Kurs schlägt alle Rekorde. Wir registrieren folgende Notungen:

Berlin, 26. Juli. Die erneute starke Aufwärtsbewegung des Dollarkurses hat die Großhandelspreise um weitere 38 Prozent auf das 7946fache der Vorkriegszeit gesteigert. Die Einfuhrwaren allein sind um 60 Prozent auf das 115 fache, die hauptsächlich im J n l a n d erzeugten Waren um 33 Prozent auf das 7231fache gestiegen. Die Lebensmittel stehen im Durchschnitt auf dem 71597fachen, die In-

darbeiten, und wird jederzeit die erforderliche Abwehraktionen in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaftsleitungen einleiten. In dieser Abwehr können und öffentliche Demonstrationen an einzelnen Orten nicht das mindeste nützen. Sie bieten im Gegenteil den Feinden der Arbeiterklasse wohlfeile Gelegenheit zu Ausschreitungen, wie sie sich in Leipzig und Frankfurt a. M. ereigneten, die das Ansehen der Gewerkschaften schädigen müssen. Wir ersuchen deshalb die örtlichen Gewerkschaftsleitungen auf das dringendste, in der gegenwärtigen Zeit von öffentlichen Kundgebungen unter freiem Himmel Abstand zu nehmen. Auf jeden Fall muß die Beteiligung der kommunistischen Partei an solchen Kundgebungen zurückgewiesen werden, und ebenso ist die Teilnahme an kommunistischen Demonstrationen abzulehnen, da die Erfahrung bewiesen hat, daß die Kommunisten sich weder an Gewerkschaftsdisziplin noch an Abmachungen halten, sondern mit den Faschisten einig sind in der Absicht, den Kampf um jeden Preis vom Zaun zu brechen.

Wohin der Uebermut von Kommunisten und Faschisten führt, das zeigt uns das Schicksal von Staat und Gewerkschaftsbewegung in Italien.

Deshalb lehnt jede Gemeinschaft mit den Aktionen der Kommunisten ab! Halte! gewerkschaftliche Disziplin! Stärkt die Reihen der Gewerkschaften!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Grafmann.